

UWG: Bürgermeisterin schadet der Gemeinde

Schwere Vorwürfe gegen Rathauschefin wegen B 212 neu erhoben

GANDERKESEE (MIK). In der Kontroverse um den Neubau der B 212 haben die Unabhängigen (UWG) Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas vorgeworfen, „vorbei an den politischen Entscheidungsgremien“ und zum Schaden der Gemeinde aktiv geworden zu sein. Die gemeinsam von Gerken-Klaas und Delmenhorsts Oberbürgermeister Patrick de La Lanne verfasste Stellungnahme zur B 212 neu (dk berichtete) Sorge dafür, dass künftig mehr Verkehr durch fast alle Ort-

schaften Ganderkesees fließen werde.

UWG-Fraktionschef Otto Sackmann erklärte, es sei „unverantwortlich“, wenn fast alle Ort- und Bauerschaften der eigenen Gemeinde, also auch diejenigen südlich der A 28, durch eine solche Stellungnahme Nachteile hinnehmen müssen. Es seien nicht nur die Laster-, sondern auch die Autoströme zu berücksichtigen. Sackmann: „Wie kann man für einen Neubau der B 212 neu sein, wenn man

gleichzeitig die entschlossene Vermeidung ungewollter Verkehrsverlagerungen nach Ganderkesee einfordert?“

Gerken-Klaas und de La Lanne verlangten jetzt, dass die für die Verkehrsabflüsse in Frage kommenden Strecken zur und von A 1, A 28 und A 281 vermieden werden müssten. Dies hieße jedoch, dass nur eine Bundesstraße oder eine Autobahn den Verkehr aufnehmen könne. Sollte die A 281 gemeint sein, wäre die B 212 neu überflüssig und

bräuchte nicht gebaut zu werden. Sollte der Verkehr jedoch auch über die B 212 neu abfließen, dann würden die Fahrzeugströme sich ihren Weg auch durch Bookholzberg suchen, erklärte Sackmann.

Bei der geplanten Ortsumgehung für Bookholzberg habe Gerken-Klaas auf den Bund als Straßenbaulasträger verwiesen. Bei der B 212 neu, bei der die Situation nahezu identisch sei, lege die Bürgermeisterin jedoch andere Aktivitäten an den Tag.



dk 16.04.08